

Andreas Mihm

## Die offene Stromrechnung der Ukraine

### *Vідкритий рахунок за електроенергію України*

*Україна замовляла відновлювані джерела енергії, але не заплатила за них. Накопичилася заборгованість, яка за останніми підрахунками причетних юридичних фірм досі становить 520 млн євро. Але тепер український державний оператор електромереж «Укренерго» випустив свою першу зелену облигацію. За словами автора, попит, можливо, був не лише через відсоткову ставку 6,875% з п'ятирічним терміном. Довіра учасників ринку була підтримана і прихильністю Європейського банку реконструкції та розвитку (ЄБРР), який інвестує \$75 млн. у облигації НЕК "Укренерго" на \$825 млн. із прив'язкою до сталого розвитку, випущені у спробі розв'язати платіжну кризу, що охопила сектор поновлюваної енергетики країни, повідомив банк. При цьому наголошується, що ці облигації і участь ЄБРР як основного інвестора забезпечила комфорт іншим інституційним інвесторам, ще більше розширивши участь на ринку.*

<https://www.faz.net/aktuell/finanzen/energiewende-bestellte-und-unbezahlte-stromrechnung-der-ukraine-17626316.html>

Die deutsche Wirtschaft wird nicht müde, die Ukraine als Chancenland für grüne Energien zu preisen. Sogar grüner Wasserstoff soll bald in Mengen von dort kommen. An Wasserstoff hatte die ukrainische Regierung 2009 noch nicht gedacht, aber das Potential für die Stromgewinnung aus Biomasse, Photovoltaik und Windkraft erkannt – nicht zuletzt, um sich von Russland unabhängiger zu machen. Entsprechend hoch war der 2009 beschlossene Einspeisetarif für erneuerbare Energien.

Mit umgerechnet 11 Eurocent je Kilowattstunde Windstrom und 46 Eurocent je Kilowattstunde lag das Entgelt für die Einspeisung über deutschen Tarifen. Das Wechselkursrisiko war durch Koppelung an den Euro gebannt. Investoren kamen deshalb gern in die Ukraine. Nur hatten sie ein Risiko übersehen: Kiew zahlt das versprochene Entgelt nicht. Seit Anfang vergangenen Jahres sind Außenstände aufgelaufen, die sich nach letzten Zählungen beteiligter Rechtsanwaltskanzleien auf noch 520 Millionen Euro belaufen. Doch jetzt könnte Abhilfe in Sicht sein.

Denn der staatliche ukrainische Stromnetzbetreiber Ukrenergo hat seine erste grüne Anleihe begeben. Sie war zugleich die erste Emission dieser Art überhaupt in dem Land. Das Volumen von 825 Millionen Dollar war fast dreifach überzeichnet. Die Nachfrage mag nicht allein am Zinssatz von 6,875 Prozent bei fünf Jahren Laufzeit gelegen haben. Das Vertrauen der Marktteilnehmer dürfte auch durch das Engagement der Osteuropabank (EBRD) gestützt worden sein. Sie hat 75 Millionen Dollar der Anleihe gezeichnet. Der Vorstandsvorsitzende von Ukrenergo, Wolodymyr Kudrytskyi, sprach von einem historischen Tag und einer Vorbildfunktion für andere Emittenten.

Und er gab ein etwas verschwurbeltes Versprechen: „Wichtiger ist, dass diese Transaktion ein wichtiger Schritt zur Lösung der Ungleichgewichte auf dem ukrainischen Strommarkt ist, im Zusammenhang mit den Verpflichtungen der Ukraine zugunsten der Erzeuger erneuerbarer Energien.“ Ungleich klarer schreibt die EBRD: „Mit den Erlösen werden alle Zahlungsrückstände der Erzeuger erneuerbarer Energien abgedeckt.“ Die Investition werde dazu beitragen, die Glaubwürdigkeit des ukrainischen Sektors für erneuerbare Energien „wiederherzustellen“ und das Vertrauen privater Investoren und Finanziers zu stärken. So solle der Weg für dringend benötigte Investitionen zur Unterstützung des grünen Übergangs geebnet werden.

Weniger als die Hälfte der Schulden wurden zurückgezahlt

Auch das Finanzierungsregime soll sich ändern: Wettbewerb durch Ausschreibungen statt fixer Einspeisetarife. Grzegorz Zielinski, bei der EBRD für Energiepolitik in Europa, sagt, die Anleihe „ebnet den Weg dafür, dass mehr erneuerbare Energien im Rahmen von wettbewerbsorientierten Auktionen oder anderen innovativen kommerziellen Strukturen entwickelt werden können“. Das werde der Ukraine künftig „wesentlich billigeren und saubereren Strom beschern“.

Vor allem aber soll das angeknackste Vertrauen der Investoren in den Standort Ukraine nach dem Zahlungskollaps 2020 wiederhergestellt werden. Manche Betreiber von Wind- und Photovoltaikparks hatten sich in ihrer Verzweiflung an ukrainische Gerichte gewandt, wissend, dass recht haben und recht bekommen in der Ukraine noch schwieriger ist als anderswo. Die niederländische Modus Energy hat Kiew im April vor dem Schiedsgericht in Stockholm verklagt. Auch die Diplomatie wurde aktiv: Im November vor einem Jahr hatten 17 Botschafter, darunter der deutsche, brieflich vom ukrainischen Premierminister die Begleichung der offenen Rechnungen verlangt.

Tatsächlich hatte die Regierung, nachdem sie 2020 die Tarife gekappt und mehrfach mit der Einführung einer Verbrauchsteuer auf erneuerbare Energien gedroht hatte, die schrittweise Rückzahlung der Außenstände angekündigt. Doch auch das Versprechen wurde gebrochen. Laut der Kanzlei WilmerHale waren bis Juli dieses Jahres nur 26 Prozent der Schulden zurückgezahlt, versprochen waren 70 Prozent. Teile der Gelder wurden wohl zweckentfremdet. Die Regierung hatte staatliche Banken angewiesen, dem staatlichen Netzbetreiber Ukrenergo 300 Millionen Euro zu leihen. Ukrenergo reichte das Geld an den Fonds weiter, der den Ökostrom vermarktet und die Einspeisegebühr an die Erzeuger auszahlt. Da die in der Regel über dem Marktpreis liegt, soll der Netzbetreiber das Defizit tragen.

Offene Rechnungen lassen Betreiber in die Röhre schauen

Sergej Sumlenny von der Heinrich-Böll-Stiftung in Kiew beschreibt das im vorigen Herbst in Gang gesetzte Kettengeschäft so: Die ukrainische Regierung bürge „für ein Unternehmen, welches der Regierung gehört, damit dieses Kredite mit 10 Prozent Effektivzins von drei Banken, welche ebenso der Regierung gehören, aufnehmen kann, um eine milliardenschwere Verschuldung gegenüber einem weiteren, der Regierung gehörenden Unternehmen zu begleichen“.

Allerdings seien Teile der Gelder an den staatlichen Atomkonzern Energoatom geflossen, der seinerseits offene Rechnungen beim amerikanischen Atomkonzern Westinghouse gehabt habe. Und so schauten viele Betreiber von Wind- und Solarparks weiter in die Röhre.

Kohle soll schon bald keine Rolle mehr spielen

Mit der EBRD im Rücken, die einer der größten Investoren in der Ukraine ist, soll die Verlässlichkeit nun wachsen. Matteo Patrone, geschäftsführender Direktor für Osteuropa und den Kaukasus, sagt, mit dem Bond könne das Land seine Erneuerbare-Energien-Industrie weiter ausbauen. Aktuell stünden in der Ukraine Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien mit einer Kapazität von mehr als 8,5 Gigawatt. 11 Milliarden Euro aus dem In- und Ausland seien investiert worden. Im vorigen Jahr stammten gut 7 Prozent der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien. Rechnet man große Wasserkraftwerke hinzu, waren es 12,4 Prozent. Das ist etwa die Hälfte dessen, was die Ukraine in den nächsten 15 Jahren erreichen will.

2035 sollen 25 Prozent der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien stammen: Wind, Sonne, Wasser, Biomasse, Geothermie. Doppelt so groß soll der Atomstromanteil sein, der auch aktuell bei rund 54 Prozent liegt. Kohle soll in dem nach Deutschland und Polen drittgrößten Kohleverstromer Europas dann keine Rolle mehr spielen, hat die Regierung auf der Weltklimakonferenz COP 26 angekündigt. Dafür brauche man eine sehr flexible Stromerzeugung mit geringen Emissionen sowie die Integration in den EU-Energiemarkt, sagt Energieminister German Galuschenko. Mit internationalen Partnern arbeite man daran, Investoren, Technologie und Expertise anzuziehen. Das klingt nach der Ausgabe vieler weiterer grüner Bonds.